

Ausschuß für Umweltschutz  
und Raumordnung  
73. Sitzung

31.01.1990  
he-sz

Es bestehe bedauerlicherweise die Neigung, Mülltourismus ausschließlich negativ zu sehen, obwohl länderübergreifende Kompensationslösungen durchaus sinnvoll sein könnten. Hier wäre eine differenziertere Sicht als bisher angebracht.

Minister Matthiesen geht nun ausführlich auf die einzelnen Diskussionsbeiträge ein.

Von der Möglichkeit, sich durch Satzungsbeschluß von der Entsorgungsverpflichtung für Industrie- und Gewerbeabfälle zu befreien, hätten in Nordrhein-Westfalen alle Gemeinden Gebrauch gemacht. Dies habe zu einer privaten Entsorgungswirtschaft geführt, die sich inzwischen als sehr flexibel und leistungsfähig erwiesen habe.

Diese Tatsache sei aber auch einer der Gründe dafür, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern die geringsten Probleme mit der Abfallentsorgung habe. Einen ähnlich hohen Entsorgungsgrad habe lediglich Bayern.

Allerdings, wenn sich die Kommunen schon dieser Entsorgungsverpflichtung entzögen, hätten sie zumindest die Pflicht, Standorte zur Verfügung zu stellen. Genau an diesem Punkt begannen die Schwierigkeiten. Die diesbezüglichen örtlichen Diskussionen seien hinreichend bekannt.

Hier seien Landtag und Landesregierung, die ja in dieser Frage keinen Dissens hätten, gemeinsam aufgerufen, die Kommunen immer wieder auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

Es solle aber auch nicht verschwiegen werden, daß es viele Kommunen gebe, die sehr kooperativ seien, die sich ihrer Entsorgungsverpflichtung bewußt seien und unter teilweise großen Schwierigkeiten dazu stünden.

Allein das ehrgeizige Ziel, in den nächsten zehn Jahren 15 % Abfall zu vermeiden, erfordere die Ausschöpfung aller Möglichkeiten einschließlich der notwendigen Novellierung des Bundesabfallgesetzes bzw. entsprechender Verordnungen. Er nenne nur die Stichworte Verpackungsmaterialien und Mehrwegflaschen.

Der Landesgesetzgeber habe bei der Novelle des Abfallgesetzes bewußt die Abfallberatung zur Pflichtaufgabe für die entsorgungspflichtigen Körperschaften gemacht. Mittlerweile gebe es in den 54 Kreisen und kreisfreien Städten des Landes 60 Abfallberater, davon allein 30 in der Stadt Köln.

Wegen dieser unbefriedigenden Umsetzung der Pflichtaufgabe Abfallberatung dränge er inzwischen darauf, daß die Regierungspräsidenten dieser Aufgabe besondere Aufmerksamkeit widmeten.

Ausschuß für Umweltschutz  
und Raumordnung  
73. Sitzung

31.01.1990  
he-sz

Er verspreche sich von den Abfallberatern eine hohe Effektivität bei der Abfallvermeidung; denn deren Aufgabe sei es, Hausfrauen ebenso wie Betriebe zu beraten, was sie ganz konkret zur Abfallvermeidung beitragen könnten.

Ein ebenfalls hehres Ziel sei es, eine Wiederverwertungsquote von 30 % zu erreichen. Dieses Ziel werde mittlerweile in den Kommunen lebhaft diskutiert. Es werde überlegt, auf welche Weise diese Vorgabe eingehalten werden könne.

Dennoch bleibe die Frage, was mit den restlichen 55 % geschehe. Er werde nicht locker lassen und auf diese Frage von den Gemeinden immer wieder Auskunft verlangen. Einen Export in die DDR werde er nicht zulassen.

Hinzu komme, daß die TA Abfall, die in den Umrissen klar sei und demnächst verabschiedet werden solle, alle Körperschaften zwingen, bestimmte Stoffe nicht mehr auf Deponien abzukippen. Sämtliche Stoffe müßten inertisiert sein, das bedeute vorgeschaltetes Sortieren und vorgeschaltetes Recycling.

Bezüglich der Klärschlammverwertung laufe derzeit ein Verfahren in Voerde zur Verbrennung von getrocknetem Klärschlamm in einer Schmelzkammerfeuerung unter optimalen Feuerungsbedingungen. Er sei von den hervorragenden Ergebnissen dieser Technologie überzeugt.

Nichtsdestoweniger gebe es vor Ort die üblichen Widerstände - übrigens mit zum Teil denselben Personen, die allerorten in solchen Verfahren aufträten. Er gehe dennoch davon aus, daß weiterhin geprüft werde, ob in ähnlichen Schmelzkammerfeuerungen derartige Prozesse möglich seien.

An dieser Stelle führt der Minister an, er habe gerade vor wenigen Wochen Gelegenheit gehabt, in Gladbeck eine Recyclinganlage für Filterstäube in Betrieb gehen zu lassen. In dieser Anlage würden Filterstäube zusammen mit anderen Materialien mit einer neuartigen Technologie völlig unschädlich in einen sehr begehrten Mörtel für den Untertagebergbau umgewandelt.

Der Bergbau benötige jährlich 1,5 Millionen Tonnen Mörtel und habe dafür bislang erhebliche Summen aufwenden müssen. Hier entstehe nun unschädlich ein neues, noch besseres Produkt, mit dem gleichzeitig an anderer Stelle Entsorgungsprobleme gelöst würden.

Es gebe also durchaus moderne technische Lösungen. Mittlerweile hätten auch andere Bundesländer Interesse an diesem Verfahren gezeigt, so daß er annehme, daß sich dieses Modell auch für die Betreiberfirma rechnen werde.